

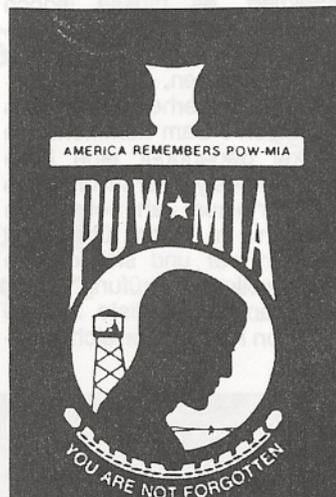
## Aufhebung des US-Handelsembargos?

Vietnam hofft auf die baldige Aufhebung des US-Handelsembargos. 1964 hatte Washington das Embargo gegen das kommunistisch regierte Nordvietnam verhängt und nach Kriegsende 1975 auch auf den Süden ausgedehnt, um Vietnam von westlichen Investitionen bzw. Krediten auszuschließen. Seit 1992 haben die USA das Embargo zwar immer mehr gelockert, die definitive Aufhebung steht aber noch aus. Hauptbedingung hierfür ist die endgültige Klärung der sogenannten MIA-Frage (Americans missed-in-action): das ungeklärte Schicksal von 2266 amerikanischen Soldaten. Erst Mitte Mai besuchte der US-Senator John Kerry Hanoi, um weitere Dokumente zum Schicksal der Vermißten einzusehen. Ende Mai wird eine weitere amerikanische Delegation, der auch der Hanoi-kritische Senator Bob Smith angehören soll, nach Vietnam reisen. Zwar ist die Normalisierung der Beziehungen Amerikas zu Vietnam in den USA nach wie vor unpopulär, aber es sind mittlerweile offenbar nur noch die Hardliner, die sich gegen eine Aufhebung des Embargos stemmen. Es wird erwartet, daß Clinton erst nach Beschwichtigung der Vietnamkritiker das Embargo aufheben wird. Dies könnte zur nächsten Versammlung der Weltbank im Juni geschehen; die Weltbank könnte dann die Vergabe von Krediten an Vietnam wiederaufnehmen. Ende April drohte der Normalisierungsprozeß ins Stocken zu geraten, nachdem unmittelbar vor der für den 29. April anberaumten Sitzung der Weltbank ein in Moskau gefundenes Dokument aufgetaucht war. Danach soll die Zahl der amerikanischen Kriegsgefangenen in Vietnam viel höher gewesen sein als bisher von der vietnamesischen Regierung angegeben worden ist. Das Auftauchen des Dokumentes führte zu einer Demonstration von Kriegsveteranen sowie Angehörigen von Vermißten vor dem Hauptsitz der Weltbank in Washington. Indessen erklärte John Vessey, der Sonderbeauftragte des amerikanischen Präsidenten, daß erhebliche Zweifel an der Echtheit des Dokumentes bestehen: der

angebliche Verfasser, Gen. Tran Van Quang, sei zum fraglichen Zeitpunkt nicht Generalstabschef gewesen, wie aus dem Papier hervorgeht. Auch gäbe es innere Widersprüche bzw. Ungereimtheiten, so daß es sich vermutlich um eine Fälschung handle.

Indessen drängen weite Teile der amerikanischen Industrie auf die Normalisierung der Beziehungen, um den Anschluß an den mittlerweile begehrten Industriestandort Vietnam nicht ganz zu verlieren. Zahlreiche Unternehmen stehen in den Startlöchern, um nach Ende des Embargos Niederlassungen in Vietnam zu eröffnen. Seit Dezember 1992 erlaubt Washington die Eröffnung von Büros sowie den Abschluß von Verträgen amerikanischer Firmen in Vietnam. Die Abkommen dürfen allerdings erst nach Embargoende in Kraft treten. Besonderes Interesse gilt dabei den Ölfeldern vor der Küste Vietnams, für die Vietnam bereits 23 Joint-Ventures abgeschlossen hat. Neben den amerikanischen Gesellschaften Amoco, Chevron und Mobil wollen auch Conoco, Exxon, Phillips, Texaco sowie Unocal in das Ölgeschäft einsteigen. Andere Unternehmen wollen beim Aufbau der maroden Infrastruktur Vietnams Geld verdienen wie z.B. Bechtel oder Caterpillar. Auch bemühen sich Dienstleistungsunternehmen um Geschäfte mit Vietnam; besonders interessant sind das Telekomnetz sowie eine Beteiligung an den Fluglinien, um am erwarteten Reiseboom von und nach Vietnam partizipieren zu können. Weiteres Interesse besteht, trotz der geringen Kaufkraft der ca. 70 Mio. Einwohner, am Konsumgütermarkt. Besonders interessiert zeigen sich die Firmen Coca-Cola, Pepsi, Colgate, Kodak, Philip Morris, Mattel, Chrysler, Procter & Gamble sowie die Arzneimittelhersteller Pfizer, Sterling und Warner-Lambert. Auch die Bank of America plant, ihre Filiale in Vietnam wieder zu eröffnen, braucht dazu allerdings noch die Genehmigung der vietnamesischen Behörden.

Hatten Optimisten schon damit gerechnet, daß Bush am Ende seiner Amtszeit das



Offizielle Fahne der amerikanischen Kriegsgefangenen (POW) und Vermißten (MIA) in Vietnam

aus: FEER v. 6.5.93, S. 20

Embargo noch aufheben würde, so konzentrieren sich die Erwartungen nun auf seinen Nachfolger Clinton, der als junger Mann selbst gegen den Vietnamkrieg der USA opponiert hatte. In einem Interview, das der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Vietnams, Do Muoi, am 27. Februar mit Reuter führte, drängte der 76jährige den amerikanischen Präsidenten, das Embargo gegen Vietnam rasch zu beenden: "Laßt uns normale Beziehungen zueinander aufnehmen. Vergessen wir die Bitterkeit!" Do Muoi wiederholte die Kritik an der amerikanischen Invasion in Vietnam, die er ebenso verurteilte wie das nachfolgende Embargo: "Sie [die Amerikaner, d. Red.] wollten uns ausbluten. Aber heute stehen wir sicher da und entwickeln uns in allen Bereichen. Jetzt denken wir darüber nach, wie wir den Frieden sichern und unsere Kräfte auf den Wiederaufbau konzentrieren können." Muoi sagte, er wolle aber nicht in die Vergangenheit blicken, sondern hoffnungsvoll der Zukunft entgegensehen: "Wir betrachten das Ganze als eine Geschichte der Vergangenheit. Wir richten unseren Blick auf die Zukunft." Als positives Signal der USA auf dem Wege zur Normalisierung der bilateralen Beziehungen wurde die scharfe Kritik der Vereinigten Staaten an der Verfolgung und Ermordung vietnamesischstämmiger Bürger in Kambodscha gewertet.

Vgl. SOAA 1/1993; FEER 6., 27., 13.5.; VNI 3/93; MIA 25.1.; NA 19.3.; ST 1.3.; BT 6.7.2., 1.3.; NA 8.2., 28.3.

## Mitterrand in Vietnam

Der französische Staatspräsident Mitterrand ist am 9. Februar zu einem zweitägigen Staatsbesuch in Vietnam eingetroffen. Mitterrand ist damit das erste westliche Staatsoberhaupt, das Vietnam nach Ende der französischen Kolonialherrschaft einen Besuch abstattet. Mitterrand wurde von Außenminister Dumas, dem französischen Finanzminister sowie dem Justizminister begleitet. Ferner gehörten der französischen Delegation der Staatssekretär für Kultur, zwei Mitglieder des Parlaments, zwanzig Beamte und Geschäftsleute sowie zahlreiche Journalisten an. Während der Visite wurden sechs Kooperationsverträge zwischen Vietnam und Frankreich unterzeichnet. Dazu zählen ein Doppelbesteuerungsabkommen, eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit von Alcatel und der vietnamesischen Post, ein Vertrag über die Zusammenarbeit im Luftverkehr und Vereinbarungen für den Aufbau eines demokratischen Steuer- und Justizsystems. Auch wurden Abkommen über die Zusammenarbeit in den Bereichen Kultur und Medizin unterschrieben. Höhepunkt der Reise war sicherlich der Besuch von Dien Bien Phu, dem Ort einer 55tägigen Schlacht, die das Ende der französischen Kolonialmacht in Vietnam besiegelte. Über 14.000 französische Soldaten und 8.000 Vietnamesen kamen in der Schlacht ums Leben. Nach seiner Rückkehr von Dien Bien Phu erklärte Mitterrand in Hanoi, wo er anlässlich eines Staatsbanketts mit Vo Nguyen Giap, dem legendären Gewinner von Dien Bien Phu, zusammentraf, er betrachte den Indochinakrieg als Fehler, und er sei befriedigt, daß Frankreich das erste westliche Land sei, das "im Streben nach Versöhnung" nach Vietnam gekommen sei. Es sei an der Zeit, "ein schmerzliches Kapitel" zu beenden und den Grundstein für neue Beziehungen zwischen Frankreich und Vietnam zu legen. Mitterrand traf neben Staatspräsident Le Duc Anh auch mit Premierminister Vo Van Kiet, Generalsekretär Do Muoi sowie Außenminister Nguyen Manh Cam zusammen. Der Besuch wird als deutliches

Signal an die USA zur baldigen Aufnahme des Embargos aufgefaßt.

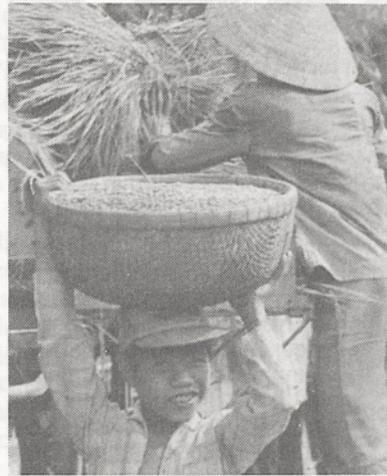
Die Motive für den Staatsbesuch dürften nicht zuletzt wirtschaftlicher Natur sein, wie an den hochrangigen Wirtschaftsvertretern in Mitterrands Begleitung zu erkennen ist. Frankreich ist gegenwärtig nach Taiwan und Hongkong der drittgrößte Investor in Vietnam.

Vgl. NA 12. 2.; BT 9.2.; VNI 3/93

## Deutschland ködert mit Entwicklungshilfe

Bundesaußenminister Klaus Kinkel hielt sich vom 2.-4. April in Vietnam auf. Er traf mit Ministerpräsident Vo Van Kiet, Generalsekretär Do Muoi und dem vietnamesischen Außenminister Nguyen Manh Cam zusammen. Im Zentrum der Gespräche standen die Wirtschaftsbeziehungen. So unterzeichnete Kinkel ein Investitionsschutzabkommen; die Arbeit an einem Doppelbesteuerungs- und Luftfahrtabkommen wurde begonnen. Kinkel erklärte seinen Gesprächspartnern, daß 85 Mio. DM Entwicklungshilfe bereitstünden und daß Deutschland bereit sei, über die Entwicklungshilfe für 1993 zu verhandeln. Außerdem sagte er zu, sich bei seinem amerikanischen Amtskollegen für die Beendigung des US-Handelsembargos einzusetzen: "Wir werden Vietnam nicht im Stich lassen!" Ferner geht der deutsche Außenminister davon aus, daß Bereitstellung und Verbesserung von Hermesbürgschaften "unmittelbar bevorstehen". Deutschland werde sich für den Abschluß eines Kooperationsabkommens zwischen EG und Vietnam sowie für die Lösung des Altschuldenproblems im Internationalen Währungsfonds einsetzen. Ferner sprach sich Kinkel für die baldige Eröffnung eines Goethe-Instituts in Hanoi aus. Einen weiteren Gesprächspunkt bildete die Menschenrechtsfrage, über die, Kinkel zufolge, in offener Atmosphäre diskutiert wurde. Es wurde vereinbart, daß der deutsche Beauftragte für Menschenrechte, Schilling, Vietnam in Kürze besuchen werde. Der vietnamesische Außenminister Cam erklärte, die Menschenrechte würden in Vietnam gemäß der vor einem Jahr verabschiedeten Verfassung re-

spektiert, es müsse jedoch unterschieden werden "zwischen den Menschenrechten und denjenigen, die die Stabilität und Sicherheit des Landes verletzen". Cam kommentierte Kinkel gegenüber eine Liste von Amnesty International, die ihm vor einem Jahr bei seinem Besuch in Bonn überreicht worden war und sicherte die "wohlwollende Prüfung" einer weiteren Namensliste zu, die ihm von Kinkel überreicht wurde.



**Sinkende Einnahmen der Bauern - steigende Konsumgüterpreise**

aus: FEER v. 27.5.93, S. 60

"Sollte noch jemand Zweifel an unserer humanitären Politik haben, so sind wir gerne bereit, ihn zu empfangen und zu informieren", erklärte Cam. Bei einer Presseerklärung sagte Kinkel, er habe seinen Gesprächspartnern seine Scham über die rechtsextremen Ausschreitungen in Deutschland, von denen auch zahlreiche Vietnamesen betroffen waren, bekundet. "Die Mehrheit unserer Bevölkerung ist nicht ausländerfeindlich. Es tut uns leid, was da passiert ist. Vietnamesen sind willkommen in unserem Land". Schließlich lud Kinkel seinen Kollegen Cam zu einem Gegenbesuch in Bonn ein und übergab eine Einladung Kohls an Ministerpräsident Vo Van Kiet.

Vgl. VNI 3/93

## Hanoi und Tokio wollen Beziehungen ausbauen

Der vietnamesische Ministerpräsident Vo Van Kiet ist Ende März zu einem mehrtägigen Besuch bei seinem japanischen Amtskollegen Miyazawa in Tokio eingetroffen. Es handelt sich dabei um den ersten Besuch eines vietna-

mesischen Ministerpräsidenten in Japan seit der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen beider Länder im Jahre 1973. Miyazawa sicherte Kiet zu, er werde sich für eine baldige Aufhebung des amerikanischen Handelsembargos einsetzen. Bereits im vergangenen November hatte Japan Hanoi Kredite in Höhe von 45,5 Mrd. Yen zur Verfügung gestellt; weitere Kredite, insbesondere für den Aufbau der vietnamesischen Infrastruktur, wurden Kiet nach Beendigung des Embargos zugesagt. Eine japanische Expertenkommission soll in Kürze den Umfang der von Vietnam zum Ausbau der Infrastruktur benötigten Hilfe vor Ort prüfen. Nach dem einstündigen Gespräch der Regierungschefs sagte Miyazawa, Kiets Besuch habe "eine neue Ära der japanisch-vietnamesischen Beziehungen eröffnet". Auf seinem Besuch traf Kiet mit führenden Wirtschaftsvertretern Japans zusammen; auch eine Audienz bei Kaiser Akihito stand auf der Tagesordnung. Der Umfang des japanisch-vietnamesischen Handels betrug im letzten Jahr 1,25 Mrd. US\$; Japan gehört damit zu den wichtigsten Handelspartnern Vietnams.

Vgl. BT 25.3., 26.3.; ST 23.3.; 26.3.; NA 24.3. 93

## Repression bleibt trotz Liberalisierung

Auch nach der Liberalisierung der vietnamesischen Politik kommt es immer wieder zu Auseinandersetzungen mit buddhistischen Organisationen. Die Regierung wirft der "Buddhistischen Einheitskirche" Vietnams vor, sich politisch zu betätigen. Thich Don Hau, Leiter dieser Organisation, hatte in seinem Testament die politische Führung Vietnams scharf kritisiert. Die Regierung bezeichnete das antikommunistische Dokument als Fälschung und versagte dem Nachfolger Haus, Thich Huyen Quang, die Unterstützung. Daraufhin drohten zwei Mönche, Thich Nhat Lien und Tich Tri Tuu, mit öffentlicher Selbstverbrennung. Die Auseinandersetzungen sind auf Versuche der vietnamesischen Regierung zurückzuführen, eine buddhistische Einheits-

kirche unter Leitung der KPV zu etablieren, wogegen sich zahlreiche buddhistische Mönche zur Wehr setzten und dafür jahrelang Unterdrückung, Verfolgung und Verhaftung in Kauf nahmen. Hanoi betont indessen, daß die freie Religionsausübung in der Verfassung garantiert werde und sich die Aktivitäten der buddhistischen Organisationen in der Vergangenheit mehr und mehr konsolidiert hätten.

Indessen erfährt die Katholische Kirche eine "Pestroika auf Vietnamesisch", wie der Koadjutor des Erzbischofs von Ho-Chi-Minh-Stadt, Francois Xavier Nguyen Van Thuan, feststellte: die Regierung lasse mehr Priesterweihe zu und genehmige den Wiederaufbau zerstörter Kirchen. In Vietnam leben ca. 6 Mio. Katholiken.

Die volle Härte der Regierung erfahren indessen immer noch Menschen, die friedlich gegen die herrschende Politik in Vietnam opponieren. Erst Anfang April wurden in Ho Chi Minh-Stadt acht Dissidenten zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt, die von 1989-90 das "Freiheitsforum" publiziert hatten. Die maschinengeschriebenen Blätter beinhalteten Beiträge in- und ausländischer Autoren, die für stärkere Reformen sowie die Schaffung eines Mehrparteiensystems eintreten. Nach Einschätzung von Asia Watch, die als erste Menschenrechtsorganisation das Land im März besuchen konnte, waren die Veröffentlichungen zwar regierungskritisch, befürworteten jedoch nicht einen gewaltsamen Sturz der Regierung. Trotzdem wurde Doan Viet Hoat, der 15 der letzten 18 Jahre in Gefängnissen bzw. Lagern verbracht hatte, zu 20 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Vor seiner Verhaftung im November 1990 hatte er einen Ausreiseantrag in die USA gestellt. Weitere Mitglieder der Gruppe wurden zu Haft zwischen 8 Monaten und 16 Jahren verurteilt. Zwar hat sich die Menschenrechtssituation in Vietnam in den letzten Jahren nach allgemeiner Einschätzung verbessert, doch werden immer noch zwischen 100 und 300 Menschen aus politischen Gründen in Gefangenschaft gehalten.

Vgl. JP 29.12.92; VK 1/93; VNI 1/93; NA 16.2.; TAZ 1.4.93